



CDA CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT
DEUTSCHLANDS



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

Gemeinsame Forderungen der CDA und der MIT zur Bundestagswahl 2009

Vorgelegt am 16. Juni 2009

Soziale Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise

Präambel

Am 27. September 2009 geht es um viel für unser Land. Die Politik muss die Weichen für den Weg aus der Krise stellen. Sie muss Rahmenbedingungen für einen Aufschwung schaffen, an dem alle angemessen teilhaben. Es geht um die Stärkung von Innovationskraft, Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit. Es geht vor allem um Arbeit. Die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern, muss im Mittelpunkt der Politik stehen.

Bei der Bundestagswahl geht es aber auch darum, die Soziale Marktwirtschaft und ihre Grundprinzipien zu bewahren. Unser Land verdankt ihr viel. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat vieles in Frage gestellt. Umso mehr sind die Wähler in diesem Jahr gefordert, der Sozialen Marktwirtschaft den Rücken zu stärken, damit Deutschland die aktuelle Krise meistert, einen neuen Aufschwung einleitet und gestärkt in eine Phase von mehr Beschäftigung und höherem Wachstum einlenken kann.

Die Problemlagen werden in den kommenden Wochen und Monaten nicht einfacher, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt werden sie sich voraussichtlich noch drastisch verschärfen. Die bevorstehenden Herausforderungen erfordern eine enorme Kraftanstrengung und können daher nur gemeinsam gelöst werden.

MIT und CDA haben in der Union unterschiedliche Aufgaben und in einer Reihe von Politikbereichen unterschiedliche Auffassungen. Doch das Gemeinsame überwiegt. Ausgehend vom christlichen Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als gemeinsamer normativer Grundlage; sich der gemeinsamen Verantwortung vor dem Hintergrund der aktuellen Krisensituation bewusst, haben beide Vereinigungen nachstehende Forderungen gemeinsam erarbeitet.

*Dr. Josef Schlarmann
MIT-Bundesvorsitzender*

*Karl-Josef Laumann MdL
CDA-Bundesvorsitzender*

Die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die Systemkritik neu belebt. Manche Kritiker sehen gar in der Sozialen Marktwirtschaft die Ursache der Krise. Es wird jedoch verkannt, dass nicht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Grund der Krisensituation ist. Vielmehr ist gerade die Verletzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft für die Krise verantwortlich. Die Entstehung der tiefen wirtschaftlichen Verwerfungen lässt sich konkret auf eine Vielzahl von Faktoren sowie Akteuren in Politik und Wirtschaft zurückführen. Dazu gehören ein mangelndes Problembewusstsein bei Politikern und Aufsichtsbehörden, unzureichende Regulierung der internationalen Finanzmärkte, eine ungehemmte Kreditvergabe von US-Banken, die expansive Geldpolitik der US-Regierung, realitätsferne Beurteilungen durch Rating-Agenturen, prozyklisch wirkende Rechnungslegungsvorschriften, ungenügende Risikomanagementmethoden, undurchsichtige Finanzprodukte sowie Fehlverhalten von Banken und anderen Finanzdienstleistern.

Finanzkrise und weltweite Rezession sind auch heute keine Argumente gegen die Soziale Marktwirtschaft. Vielmehr führt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist. Unter der Voraussetzung funktionsfähiger Märkte ist der Wettbewerb unter den Marktteilnehmern nach wie vor der beste Mechanismus, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Ebenso klar ist jedoch auch, dass eine funktionierende Marktwirtschaft einen Staat braucht, der Rahmenbedingungen schafft und deren Einhaltung überwacht, Verstöße ahndet und unterbindet, Vertragsfreiheit und Privateigentum sichert, Märkte offen hält und Haftung einfordert. Gesellschaftliche Akzeptanz findet die Marktwirtschaft schließlich nur, wenn letztlich Alle an ihrer wohlstandssteigernden Wirkung teilhaben und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen nicht verletzt werden. Diese Anforderungen an staatliches Handeln beschreiben, zusammengenommen, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Die CDA und die MIT bekräftigen ihr klares Bekenntnis zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Sie appellieren an alle politischen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, sich gerade auch in Krisenzeiten am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren.

Soziale Marktwirtschaft braucht beides: einen passenden Ordnungsrahmen und verantwortliches Handeln der einzelnen Akteure.

Was Müller-Armack sowie andere erfanden und Ludwig Erhard so erfolgreich umsetzte, kann mit einer berühmt gewordenen Kurzformel zutreffend und sehr prägnant zusammengefasst

werden. „Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ So schlicht die Aussage auch klingen mag, sie ist keineswegs banal. Denn sie ist mit dem Fundament eines wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms unterlegt, das in seiner Ausgestaltung nicht beliebig oder gar fixiert ist, aber dennoch immer wieder neu angepasst werden muss. Die soziale Marktwirtschaft ist lebendig, muss vital bleiben und sich trotz aller Entwicklungen durchsetzen.

Unsere konkreten Forderungen

1. Steuern reformieren: Mittelschicht entlasten, Mittelstand stärken

Unser Steuersystem muss einfach, niedrig und gerecht ausgestaltet sein.

In den letzten zehn Jahren ist das Realeinkommen der Bürger wegen der inflationsbedingten kalten Progression nicht mehr gestiegen. Die heimlichen Steuererhöhungen müssen ein sofortiges Ende haben. Der Bürger hat einen legitimen Anspruch auf eine grundsätzliche Korrektur der Steuertarife. Wir sprechen uns daher für eine Reform der Einkommensteuer aus. Die Einkommensteuerentlastung soll auf Dauer angelegt sein. Eine spürbare Einkommensteuerentlastung erhöht die Anreize zu einer höheren Leistungs- und Investitionsbereitschaft und stärkt über einen Anstieg der verfügbaren Einkommen die private Konsumnachfrage.

Entsprechend dem Leistungsfähigkeitsprinzip in der Besteuerung ist es aus steuersystematischen Gründen geboten, die sogenannte kalte Progression in der Einkommensbesteuerung auszuschalten. Über das im Rahmen des Konjunkturpaketes II Beschlossene hinaus muss daher die kalte Progression weiter abgebaut und auf Dauer beseitigt werden. Um die breite Masse der mittleren Einkommensbezieher gezielt zu entlasten, muss ein linear progressiver Einkommensteuertarif eingeführt und der Knick bei 12.739 Euro abgeschafft werden.

Eine echte Unternehmensteuerreform muss mit der Bevorzugung der Fremdkapitalfinanzierung Schluss machen und mehr Anreize zur verstärkten Eigenkapitalbildung setzen. Zinsaufwendungen, Pachten und Mieten sowie die Gewerbesteuer müssen zukünftig wieder in voller Höhe als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Die Zinsschranke muss abgeschafft werden. Die Möglichkeit zur

Erhaltung von Verlustvorträgen bei Gesellschafterwechsel ist durch Streichung von § 8c Körperschaftsteuergesetz sowie von § 10a Gewerbesteuergesetz wieder herzustellen.

2. **Arbeitsrecht transparent machen: Klarheit und Rechtssicherheit für beide Seiten schaffen**

Arbeitnehmer brauchen verbriefte Schutzrechte. Arbeitgeber haben ein legitimes Interesse an einer flexiblen Personalpolitik. Für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber muss ein einfaches, transparentes und berechenbares Arbeitsrecht im Innen- und Außenverhältnis geschaffen werden. Hierzu sollen die arbeitsrechtlichen Vorschriften in einem Arbeitsvertragsgesetz bzw. Arbeitsgesetzbuch zusammengefasst werden. Das derzeitige Arbeitsrecht, das auf viele Gesetze verteilt ist und zu einem großen Teil aus Richterrecht besteht, ist weder für die Beschäftigten noch für die Arbeitgeber durchschaubar.

3. **Arbeitsmarkt – Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten**

Wir bekennen uns zur Sozialpartnerschaft, zur Mitbestimmung und zur Tarifautonomie. Gerade vor dem Hintergrund der Krise haben die Sozialpartner eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Anständige Arbeit muss anständig bezahlt werden. Zugleich wissen wir, dass es einen Zusammenhang zwischen Löhnen, Produktivität und Beschäftigung gibt. Die Tarifautonomie kann am ehesten Löhne sicherstellen, von denen man den Lebensunterhalt eigenständig bestreiten kann und die zugleich für die Arbeitgeber wirtschaftlich tragbar sind. Einen staatlich festgesetzten Mindestlohn lehnen wir entschieden ab. Eine Kombination aus Lohn und Transferleistungen kann für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern das Mindesteinkommen sichern.

Wir begrüßen den Ausbau der Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, der wesentlich dem gemeinsamen Engagement von CDA und MIT in der zu Ende gehenden Wahlperiode zu verdanken ist. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen waren ein erster Schritt in die richtige Richtung. In der kommenden Legislaturperiode sollten die Rahmenbedingungen für die Gewinn- und Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern weiter verbessert werden.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die mit ihr verbundene Arbeitsmarktreform („Hartz IV“) war im Grundsatz richtig. Das ALG II muss bedarfsabhängig bleiben; die Höhe des Schonvermögens soll so ausgestaltet sein, dass von ihm positive Anreize für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge ausgehen. Deswegen ist mindestens eine Erhöhung des Freibetrags auf 700 Euro pro Lebensjahr, also auf bis zu 45.500 Euro notwendig. Es ist zu prüfen, ob zusätzlich für das darüber hinausgehende Vermögen auch die Beitragsjahre als Aufschubzeit bis zur notwendigen Verwertung angerechnet werden können.

4. Sozialsysteme zukunftsfest ausgestalten

CDA und MIT bekennen sich zu staatlich organisierten sozialen Sicherungssystemen, die die großen Lebensrisiken abdecken und dabei sowohl den Anforderungen der Generationengerechtigkeit als auch der Leistungsgerechtigkeit entsprechen. Die Einführung kapitalgedeckter Elemente – gerade im Bereich der Alterssicherung - war richtig und muss gestärkt werden, insbesondere im Rahmen der Pflegeversicherung.

Wir fordern ein Gesundheitswesen, das nicht zentral und planwirtschaftlich, sondern dezentral und marktwirtschaftlich organisiert ist. Unser Leitbild ist der freiberufliche, niedergelassene Arzt. Wir sprechen uns für eine Stärkung der gesundheitlichen Prävention aus. Den von der SPD-Bundesgesundheitsministerin vorgelegten Entwurf für ein Präventionsgesetz lehnen wir hingegen ab, weil dieser unnötige Bürokratie schafft und am Ziel einer effizienten Stärkung der gesundheitlichen Prävention vorbei geht.

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre – Senkung des Rentenniveaus; Förderung ergänzender Vorsorgeformen („Riester“- , „Rürup“-Rente, Sozialversicherungsfreiheit bei Entgeltumwandlung, Mitarbeiterbeteiligung), stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze - waren notwendig. Denn Rentenpolitik muss nachhaltig sein. Die Rentenformel soll im Kern nicht angetastet werden. Um der Leistungsgerechtigkeit willen ist gleichwohl sicherzustellen, dass langjährige Beitragszahler auch dann eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten, wenn sie vergleichsweise wenig verdient haben.

5. Haushaltskonsolidierung – Schuldenbremse und Schuldenabbau

Es muss eine konsequente Schuldenbremse eingeführt werden. Diese soll einer weiteren Erhöhung der Staatsschulden Einhalt gebieten und den konsequenten Abbau der bestehenden Schulden forcieren. Haushalte von Bund und Ländern

müssen zukünftig in der Regel ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden. Die Haushaltskonsolidierung muss vorrangig über Ausgaben senkungen, die dem Konjunkturverlauf angepasst sind und nicht prozyklisch wirken, und nicht durch höhere Sätze für Steuern und Abgaben erfolgen. Vielmehr lassen sich die notwendigen Senkungen von Steuern und Abgaben mit der Haushaltskonsolidierung verbinden. Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, bezahlt“ – muss auf allen politischen Ebenen, von der Kommunal- bis zur Europaebene, Anwendung finden.

6. Bürokratieabbau – Entlastung durch Deregulierung

Der Wirtschaft entstehen durch die Informations- und Dokumentationspflichten, die den Unternehmen durch Gesetze und Verordnungen des Bundes auferlegt werden, Kosten in Höhe von 47,6 Milliarden Euro im Jahr. Das gesamte deutsche Regelwerk muss daher umfassend und zeitnah entbürokratisiert werden. Das von der Bundesregierung bis 2011 festgelegte Bürokratie-Abbauziel von 25 Prozent ist als Nettoziel zu verankern. Die Kompetenzen des Normenkontrollrates (NKR) sind zu erweitern. Der NKR soll zukünftig neben den Gesetzesentwürfen der Bundesregierung auch an den Gesetzesvorhaben von Bundestag und Bundesrat beteiligt werden. Europäische Vorgaben sind nur im zwingend erforderlichen Maß in deutsches Recht umzusetzen. Eine Ausweitung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien und eine staatlich verordnete CSR (Corporate Social Responsibility) sind abzulehnen. Um die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für den deutschen Mittelstand zu erleichtern, muss der Rechtsrahmen weiter vereinfacht werden. Alle mittelständischen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten sind von Berichtspflichten und statistischen Auskunftsvorschriften grundsätzlich zu befreien.

7. Bildung – Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum

Eine qualifizierte Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen ebenso wie für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Wir fordern ein differenziertes Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler Rechnung trägt sowie jeden Einzelnen möglichst optimal fördert und fordert. Die Bildungspolitik muss sich wieder mehr darauf konzentrieren, jungen Menschen elementare Grundlagen wie Rechnen, Schreiben und Lesen zu vermitteln. Allgemeinbildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika zur Vorbereitung auf die Berufswelt sollten ausgebaut werden.

Die duale Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands im globalen Wettbewerb und muss weiter gestärkt werden. Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem aber auch zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten muss erhöht werden. Moderne und lebenslange Weiterbildungsformen, die die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bzw. die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer fördern, sind zu unterstützen.

8. Energieversorgung – Mehr Wettbewerb, weniger Steuern

Die doppelte Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuern und Mehrwertsteuer muss abgeschafft werden – keine Umsatzsteuer auf Steuern! Wir sprechen uns dafür aus, dass Ressourcenschonung und Energieeffizienz an erster Stelle einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik stehen. Energiepolitik und Umweltpolitik dürfen nicht ideologisch betrieben werden. Bei allen Entscheidungen müssen das Wirtschaftlichkeitsprinzip und alle Nebenfolgen Beachtung finden. Die regionalen Monopole auf dem Energiemarkt müssen aufgelöst werden. Der Wettbewerb in der Energiewirtschaft ist zu fördern und an marktwirtschaftlichen Prinzipien auszurichten.

9. Infrastruktur modernisieren – Investitionen verstärken

Öffentliche Ausgabenprogramme sind vor allem auf solche Infrastrukturmaßnahmen zu konzentrieren, die die volkswirtschaftliche Produktivität erhöhen und sich langfristig selbst finanzieren. Öffentliche Mittel sollen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip vorrangig wieder dort eingesetzt werden, wo die zu erfüllenden Aufgaben liegen. Im Bundeshaushalt sind die Investitionen für die Bundesfernstraßen dauerhaft um mindestens eine Milliarde Euro zu erhöhen. Die Investitionsmittel sind für die Sanierung ebenso wie für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen einzusetzen.